

Formular für Initiativ-Vorschläge 2021

Für die Mitgliederversammlung vom
14. November 2020 in Lausanne

Anforderungen für neue Initiativ-Ideen:

Minimum 3 Personen aus 3 unterschiedlichen Sektionen, idealerweise aus zwei Sprachregionen:

VD, LU, SH

A. Der Vorschlag

1. Thema der initiative (Zutreffendes Thema unterstreichen)

Themen, zutreffend auf die 5 Gruppen der Workshops des Sommercamps

a. Gesellschaft

- b. Landwirtschaft und Klima
- c. Gesundheit
- d. Transport und Mobilität
- e. Finanzen

2. Vorschlag Titel (max. 1 Zeile)

Initiative für die Demokratie

3. Beschreibung des Initiativ-Vorschlages

Alle in der Schweiz lebenden Personen sollen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Entscheiden zu äussern, welche das Leben der gesamten Bevölkerung beeinflussen.

Die Schweiz als multikulturelles Land ist keine Realität, wenn nicht alle Menschen die Möglichkeit haben, sich an den verschiedenen gesetzgebenden Prozessen zu beteiligen. Dafür braucht es das aktive- und das passive Stimm- und Wahlrecht.

Diese Initiative möchte die Demokratie erweitern. Betroffen sind alle in der Schweiz wohnhaften Personen über 16 Jahren, unabhängig von ihrem Hintergrund. Gegenwärtig gewährt die Schweiz rund 1.7 Millionen Menschen keine politischen Rechte. Das sind 20% der Bevölkerung, welche an der Schaffung der Mehrwerte teilnehmen und ebenfalls an der Finanzierung aller staatlichen Massnahmen teilnehmen. Diesen Menschen kein Mitwirkungsrecht zu gewähren ist ganz einfach eine Verleugnung der Demokratie.

Die Beteiligung der Jugend ist entscheidend. Entscheidend, denn heute getroffene politische Entscheidungen haben einen grossen Einfluss auf die Zukunft mehrere Generationen. Entscheidend, weil nach der Schulpflicht keine Strukturen zur Schulung von politischen Entscheidungsprozessen mehr zur Verfügung stehen. Die Senkung des Staatsbürgerschaftsalter ermöglicht eine Überwindung dessen. Mit dieser Vorkehrung sieht sich die Schule verpflichtet, obligatorischen Staatskundeunterricht zu geben.

Je mehr Personen man in die demokratischen Prozesse mit einbezieht, desto näher kommt man im Wesentlichen an die Meinung aller Menschen eines Landes. Dieses Prinzip ist nichts anderes als die Etymologie der Demokratie.

4. Prägnante Beschreibung des Initiativvorschlages (max. 400 Zeichen)

Alle in der Schweiz lebenden Personen sollen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Entscheiden zu äussern, welche das Leben der gesamten Bevölkerung beeinflussen. Um das zu ermöglichen verlangt diese Initiative die Einführung des aktiven und passiven Stimm- und Wahlrechtes für alle in der Schweiz lebenden Personen über 16 Jahren.

B. Der Vorschlag und die JGS

5. Bedeutung für die JGS

Die Jungen Grünen Schweiz haben sich für das Stimm- und Wahlrecht ab 14 Jahren und für die Ersetzung des Ständerates durch einen Generationenrat ausgesprochen. Mit dieser Initiative werden diese beiden Verpflichtungen vom Manifest2019 erfüllt. Sie gibt jungen Menschen mehr Gewicht bei politischen Entscheidungen und verbreitert die demokratische Basis, so dass alle an den Entscheiden teilhaben können.

Eine repräsentativere Demokratie, die nicht mehr nur von den Vertreter*innen im Parlament gelebt wird, ist auch eine wichtige Motivation für uns Junge Grüne. Klimastiftungen und Volksversammlungen sind das was wir derzeit fordern; in anderen Worten: eine Neuverteilung, um bessere demokratische Urteile fällen zu können. Dies erfordert das Stimmrecht für alle.

Noch nie zuvor hat eine Organisation vorgeschlagen, die Staatsbürgerschaft so stark auszuweiten. Es wäre eine Premiere, die uns zukommen könnte. Mit dem Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren und eben diesem für Ausländer*innen schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe.

Die Formulierung dieses Projektes ist ehrgeizig. Es behandelt nicht nur die Frage des Stimmrechtes, sondern geht auch das Thema das Wahlrechtes an. Wir haben uns nicht nur auf eine Position beschränkt, sondern setzen uns auch für alle in der Schweiz lebenden Menschen ein.

Bis jetzt haben sich die Jungen Grüne Schweiz vor allem für Pro-Klima-Initiativen (Offroader-Initiative) und Bodenerhaltung (Zersiedelungsinitiative) eingesetzt. Es ist Zeit sich für ein gesellschaftliches Thema einzusetzen.

6. Beziehungen mit den Positionen der Partei und vorherigen Projekten

Diese Initiative ist eine Antwort auf zwei der oben genannten Verpflichtungen des Manifest2019. Sie gibt jungen Menschen bei politischen Entscheidungen mehr Gewicht und verbreitert die demokratische Basis, so dass alle an den Entscheiden teilhaben können. Sie entspricht auch unserem Vorschlag vom Klimarat, indem sie eine breitere demokratische Basis schafft.

7. Mobilisation der Mitglieder

Seit mehr als einem Jahr erleben wir einen bedeutenden Zustrom von neuen Mitgliedern. Ein grosses Projekt ist deshalb wichtig für die interne Mobilisierung. Dies wird umso realistischer, weil es bei der Initiative um eine Ausweitung der Demokratie geht, die wir vertreten und einbeziehen wollen: die unter 18-jährigen bspw. durch das Sammeln von Unterschriften.

C. Politische Aktualität

8. Aktualität

Der Nationalrat hat den Vorschlag des Stimmrechts mit 16 Jahren 2020 gutgeheissen. Mehrere Kantone haben das Ausländerstimmrecht eingeführt. Dieser Schwung ist ideal für die Einführung dieses Themas. Weiter scheinen die Ergebnisse der Abstimmungen vom September 2020 scheinen eine schrittweise progressive Öffnung zu zeigen. Diese Chance gilt es zu ergreifen.

9. Politische Ziele des Vorschlags

Eröffnung der Debatte über: Wer sind Schweizer*innen, was ist die Schweiz und Förderung einer breiteren und repräsentativeren Demokratie

10. Neuheit

Neu ist die Kombination vom Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren und dem Stimm- und Wahlrecht für die Ausländer*innen

D. Initiativtext

11. Initiativtext des Vorschlages

Art. 136 Politische Rechte (Aktuelle Version)

1 Die politischen Rechte in Bundessachen stehen allen Schweizerinnen und Schweizern zu, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und die nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind. Alle haben die gleichen politischen Rechte und Pflichten.

2 Sie können an den Nationalratswahlen und an den Abstimmungen des Bundes teilnehmen sowie Volksinitiativen und Referenden in Bundesangelegenheiten ergreifen und unterzeichnen.

Art. 136 Politische Rechte (NEU)

1 Die gleichen politischen Rechte und Pflichten haben, wenn sie das 16. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind:

a. Schweizerinnen und Schweizer

b. Ausländerinnen und Ausländer die sich seit mindestens zehn Jahren mit einer Bewilligung in der Schweiz aufhalten

2 Sie können an den Nationalratswahlen und an den Abstimmungen des Bundes teilnehmen sowie Volksinitiativen und Referenden in Bundesangelegenheiten ergreifen und unterzeichnen.

Art. 175 Zusammensetzung und Wahl (Aktuelle Version)

1 Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern.

2 Die Mitglieder des Bundesrates werden von der Bundesversammlung nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrates gewählt.

3 Sie werden aus allen Schweizerbürgerinnen und Schweizerbürgern, welche als Mitglieder des Nationalrates wählbar sind, auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

4 Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind.

Art. 175 Zusammensetzung und Wahl (NEU)

1 Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern.

2 Die Mitglieder des Bundesrates werden von der Bundesversammlung nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrates gewählt.

3 Sie werden aus allen Bürgerinnen und Bürger, welche als Mitglieder des Nationalrates wählbar sind, auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

4 Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind.

12. Welcher Artikel der Verfassung ist vom Vorschlag betroffen?

Artikel 136 und 175 der Schweizerischen Bundesverfassung zur Gewährleistung des Stimmrechts und der Wahl in die Instanzen der nationalen Politik.

13. Rechtswirksamkeit

Mit einer Rechtsberatung verifiziert. Die Änderungen betreffen nur die politischen Rechte auf Bundesebene. Es gibt keine Eingriffe in die kantonalen Kompetenzen, die immer definieren wer ein*e Bürger*in ist und wer nicht.
